

Kilian Bälz

Wie weiter im Nahostgeschäft? Politisches Risiko neu denken

Editorial



Der Krieg gegen die Ukraine und von der Coronapandemie gebeutelte globale Lieferketten haben die Staaten der MENA-Region wieder zu gefragten Wirtschaftspartnern gemacht. Gas aus Katar statt von Gazprom. „Near sourcing“ aus Ägypten oder Tunesien statt Fertigung in China oder Vietnam. Das ist eine gute

Nachricht für eine Region, die davon bedroht war, im internationalen Wettbewerb zunehmend den Anschluss zu verlieren. Doch wie sollen sich deutsche Unternehmen hier aufstellen? Es fehlt an einer Strategie. Das, obgleich sich die Kategorie des politischen Risikos zu einem zentralen Leitprinzip unternehmerischen Handelns entwickelt hat.

Selten hat die Wirtschaft so schnell und entschieden reagiert wie auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Bestand früher die bevorzugte Strategie darin, politische Krisen im Ausland auszusitzen, beziehen private Unternehmen jetzt Position in internationalen Konflikten: gegen völkerrechtswidrige Kriege, für die Menschenrechte von Minderheiten. Und reagieren, bevor entsprechende Sanktionen verhängt werden mit Desinvestition. Das entspricht einem globalen Trend, der Unternehmen direkt in der Verantwortung für die Menschenrechte sieht, wie er in Deutschland in der Form des Lieferkettensorgfaltspflichtgesetzes im letzten Jahr Gesetz geworden ist.

Die Staaten der MENA-Region sind kein einfaches Terrain für internationale Investoren. Katar, seit kurzem (wieder) ein präferierter Energiepartner, wird seit Jahren für die Missachtung von elementaren Arbeitnehmerrechten und fehlende Transparenz kritisiert. Eisenbahngroßkunde Ägypten tut sich schwer damit, den russischen Angriff auf die Ukraine zu verurteilen. Die Kriege im Jemen und in Syrien dauern an und auch das demokratische Vorbild Tunesien plagt eine anhaltende Verfassungskrise. Die neue Hinwendung zur MENA-Region steht im direkten Konflikt mit einer Unternehmenspolitik, die der Zusammenarbeit mit

autokratischen Regimen kritisch gegenübersteht und darin ein politisches Risiko sieht.

Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten der MENA-Region ist derzeit alternativlos, um die deutsche Energieversorgung sicherzustellen. Hinzu kommt, dass bei näherem Hinsehen eine differenzierte Sichtweise geboten ist, statt kulturalisierende Klischees („orientalische Despotie“) zu bedienen. Das so gerne gescholtene Emirat Katar hat das Arbeitsrecht reformiert und das unpopuläre „Sponsoring“-System abgeschafft. Saudi-Arabien hat in den letzten Jahren einen sozialen und kulturellen Wandel durchgemacht, der weit über Frauen am Steuer hinausgeht. Ägypten hat gewaltig in die öffentliche Infrastruktur investiert, Digitalisierung eingeschlossen. Gleichwohl bleiben die Entwicklungen auf den Gebieten Rechtsstaat, Transparenz, Menschenrechten und Demokratie in der gesamten MENA-Region weit hinter den Hoffnungen zurück, die der Arabische Frühling 2011 einmal geweckt hat.

Eine MENA-Strategie der deutschen Politik, die über kurzfristige Ziele hinausgeht, ist derzeit nicht zu erkennen. Dabei ist verständlich, dass in der Außenpolitik Russland und China geographisch stärker im Fokus stehen als Ägypten und Tunesien und leere Gasspeicher dazu zwingen, außenpolitische Forderungen nach Rechtsstaat und Menschenrechten neu zu gewichten. Niemand kann es der Politik verübeln, sich an diesen Realitäten auszurichten. Aber mittelfristig besteht hier ein Risiko, dass ein politisches Problem gegen ein anderes ausgetauscht wird. Es liegt so auch im deutschen außenpolitischen Interesse, weiter Rechtsstaatlichkeit und Transparenz einzufordern. Dabei sollten allerdings die Prioritäten in den Partnerländern selbst eine wichtige Rolle spielen, wo möglicherweise Rechtsstaatlichkeit einen höheren Stellenwert hat als demokratische Partizipation und die Zivilgesellschaft Grundrechten wie Wirtschaftsfreiheit, Eigentumsschutz und Meinungsfreiheit die Priorität vor anderen Rechten einräumt. Staaten wie Ägypten oder Tunesien haben eine lange Tradition von Rechtsstaat und Verfassung, die einzufordern (und zu fördern) sich lohnt.

Wenig Unterstützung kommt von den Verbänden, von denen sich gleich mehrere um die MENA-Region kümmern. Zwar wird hier das erneute wirtschaftliche Interesse an der Region begrüßt, erste Erfolge werden gefeiert: Energiepartnerschaften am Golf, Hochgeschwindigkeitszüge am Roten Meer. Doch fehlt ein Konzept. Auf Veranstaltungen wird beschworen, man müsse mehr und öfter ins Gespräch kommen, bräuchte häufigere B2B-Veranstaltungen und weitere Delegationsreisen. Aber ist das allein die Lösung? Wie hat die Strategie des Wandels durch Handel anderswo funktioniert? Dabei versteht sich von selbst, dass die Privatwirtschaft von direkten Kontakten lebt. Aber ist das genug in Anbetracht einer sich ändernden wirtschaftlichen Kultur, die Menschenrechte und politische Risiken ganz neu bewertet und nach der Banken die Finanzierung von der Einhaltung von ESG-Kriterien abhängig machen? Investitionsentscheidungen werden künftig sehr viel stärker von politischen Rahmenbedingungen abhängen, die die Wirtschaft selbst nicht schaffen kann.

Damit bleibt es vorerst den Unternehmen selbst überlassen, politische Risiken einzuschätzen und zu minimieren. Zentral für eine Investitionsentscheidung ist eine Due Diligence Prüfung, die auch die politischen Risiken des Geschäftspartners und des Umfeldes mit einbezieht. Mit einer Prüfung der technischen, finanziellen, steuerlichen und rechtlichen Aspekte allein ist es nicht getan. Codes of Conduct helfen dabei, Standards im Umwelt-, Arbeitnehmer- und Menschenrechtsschutz zu definieren und durchzusetzen. Sie bieten Orientierung in einem komplexen regulatorischen Umfeld. Schließlich müssen Exit-Szenarien auch eine Veränderung der politischen Risikolage berücksichtigen. Viele Kreditverträge sehen schon heute ein Kündigungsrecht für den Fall vor, dass ein Partner ESG-Kriterien nicht genügt. Das wird vermehrt auch für andere Investitionen gelten.

Ukrainekrieg und Corona schaffen damit nicht nur neue Chancen im Nahostgeschäft. Sie stellen auch alle Beteiligten vor neue Aufgaben.

RA Dr. Kilian Bälz, LL.M. (London)